

30.11.00**Antrag****des Landes Baden-Württemberg**

Gesetz über das Verbot des Verfütterns, des innergemeinschaftlichen Verbringens und der Ausfuhr bestimmter Futtermittel

Punkt 60 der 757. Sitzung des Bundesrates am 1. Dezember 2000

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat stellt mit großem Bedauern fest, dass die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf keine Regelungen zur Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen festgelegt hat. Er fordert daher nachdrücklich, dass sich der Bund und die EU maßgeblich an den Kosten, die durch das Fütterungsverbot von Tiermehl entstehen, beteiligt.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert sicherzustellen, dass die EU maßgeblich an der Finanzierung aller durch die erforderlichen BSE-Tests entstehenden Kosten beteiligt wird.

Ebenso erwartet der Bundesrat, dass die Bundesregierung und die EU-Kommission dringend die erforderlichen Finanzmittel zur Abwehr der Existenzbedrohung betroffener landwirtschaftlicher Betriebe, für Investitionshilfen zu Gunsten der Vermarktungseinrichtungen sowie für ein nationales Programm vertrauensbildender Marketingmaßnahmen bereitstellen.

Begründung:

Die regelmäßig auftretenden BSE-Fälle in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der seit 1995 zu verzeichnende Anstieg der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit in Großbritannien machen auf Ebene der Union umfangreiche Maßnahmen erforderlich, um die Gesundheit von Mensch und Tier zu gewährleisten.

Ausgeliefert am 30. NOV. 2000 ...

Das nationale Tiermehlverfütterungsverbot, auf das sich Bund und Länder verständigt haben, ist eine erste wesentliche Sofortmaßnahme, um die weitere Ausbreitung der BSE-Krankheit einzugrenzen.

Die dringend erforderlichen Untersuchungen und BSE-Tests, sowie die finanzielle Unterstützung der Fleischerzeuger und -vermarkter sind Maßnahmen, für die die Europäische Gemeinschaft und der Bund den Ländern und Kommunen die benötigten Finanzmittel umgehend zur Verfügung stellen muss.

Auf den Märkten für Rindfleisch sind dramatische Preis- und Absatzeinbrüche entstanden, die dringend Hilfen für die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe und die Vermarktungsuntersuchungen erfordern, um diese schwierige Situation meistern zu können.